Familienministerin bekräftigt zudem das Förderversprechen für den Ganztag – Kinderbetreuung

18. Januar 2023

Die bayerische **Familienministerin Ulrike Scharf** verkündet, das erfolgreiche Programm „Sprach-Kitas“ auch ohne Bundesmittel weiterführen zu wollen: „Die Ampel duckt sich weg, aber Bayern steht fest an der Seite der Kinder, Familien und Kita-Fachkräfte! Wenn der Bund Mitte des Jahres 2023 die Förderungen der Sprach-Kitas auslaufen lässt, springt Bayern ein und finanziert das Programm mit einem Millionenbetrag in den Jahren 2023 und 2024 weiter!“

Scharf betont: „Die Qualität in der frühkindlichen Bildung und sprachliche Förderung unserer Kleinsten haben für den Freistaat Bayern oberste Priorität! Qualifiziertes Kita-Personal engagiert sich mit viel Herz und wird als Dank vom Bund im Regen stehen gelassen. Das kann ich nicht akzeptieren. Wir lassen die Kinder, die Familien und unsere Fachkräfte nicht alleine. Das Sprach-Kita Programm wird im Freistaat fortgesetzt. Es ist ein Skandal, dass die Ampel dieses für die Integration so fundamentale Programm auslaufen lässt!“

Zudem bekräftigte Scharf das Förderversprechen für den Ganztagsausbau: „Wir ermöglichen die Schaffung von 130.000 neuen Ganztagsplätzen bis 2028! Der Ganztagsausbau dient den Familien in Bayern – sie brauchen eine verlässliche Kinderbetreuung! Das ist die familien- und sozialpolitische Verantwortung unserer herausfordernden Zeit, der wir uns aktiv stellen. Wir setzen mit dem Ganztagsausbau ein wuchtiges Signal für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Das Ganztagsversprechen zur Förderung der Kommunen wird zum Markenkern unserer bayerischen Familienpolitik – im Dienste der Eltern und Kinder im Freistaat.“ Bayern hat seit 2018 insgesamt 80.000 Kita- und Hortplätze geschaffen.

Weiter erklärt die bayerische Familienministerin: „Unser Förder-Versprechen für die Kommunen gilt: Für jeden Ganztagsplatz für Grundschulkinder, den die Kommunen bis zum Jahr 2029 schaffen, garantiert der Freistaat eine finanzielle Unterstützung bei den Investitionskosten. Wir unterstützen die Kommunen damit über die Leistungen des Kommunalen Finanzausgleichs hinaus kraftvoll und verlässlich. Für Familien und Kommunen ist das die wichtigste Nachricht für dieses Jahrzehnt! Alle Akteure – Kommunen, Träger, Verbände und der Freistaat müssen jetzt beherzt ihre Aufgaben angehen.“

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers